

V-90 Erdgas- und Erdölförderung am Rande des Weltnaturerbe Wattenmeer stoppen

Gremium: Landesvorstand Bündnis 90/Die Grünen Niedersachsen
Beschlussdatum: 02.10.2024
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Die Schönheit und Einzigartigkeit des Wattenmeers, ein Tourismusmagnet und
2 UNESCO Weltnaturerbe, stehen auf dem Spiel. Dieses fragile Ökosystem mit seiner
3 faszinierenden Unterwasserwelt, beeindruckenden Salzwiesen und Dünenlandschaften
4 sowie Millionen von Vögeln, die hier ihren Rastplatz haben, darf nicht für
5 wirtschaftliche Interessen eines niederländischen Konzerns riskiert werden. Der
6 Schutz des Wattenmeers, der Inseln, Flora und Fauna und der Menschen muss für
7 uns Priorität haben – wir dürfen nicht zulassen, dass die geplante
8 Erdgasförderung vor Borkum Deutschlands größtes Naturerbe gefährdet.

9 Im Jahr 2022 wurde aufgrund des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands
10 gegen die Ukraine eine mögliche Gasknappheit befürchtet. Doch Dank umfassender
11 und zügiger Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene durch uns Grüne, insbesondere
12 durch den Ausbau Erneuerbarer Energien, konnte diese Gefahr abgewendet und die
13 Menschen in diesem Land warm und sicher durch den Winter gebracht werden. Auch
14 2024 sind die Speicher voll. Niedersachsen, das 2023 erstmalig seinen
15 Strombedarf rechnerisch zu über 100 % aus erneuerbaren Energien gedeckt hat und
16 für ganz Deutschland eine Schlüsselrolle bei der Energiewende spielt, zeigt uns,
17 dass der Weg in die Zukunft grün ist und nicht weiter von fossilen Brennstoffen
18 abhängen darf. Die geplante Erdgasförderung, die maximal 1 % des aktuellen
19 deutschen Bedarfs decken würde, steht in keinem Verhältnis zu den potentiellen
20 Schäden. Allein durch die Verbrennung des geförderten Gases würden gemäß der
21 Genehmigung von 18 Jahren Förderzeitraum bis zu 26 Millionen Tonnen CO₂
22 freigesetzt – das entspricht den jährlichen Emissionen des gesamten Bundeslandes
23 Rheinland-Pfalz.

24 Die UNESCO erklärt in ihrem Wattenmeer-Zustandsbericht die geplante Gasförderung
25 als unvereinbar mit dem Status des Weltnaturerbes. Der Schutz dieses
26 empfindlichen Ökosystems darf nicht der kurzfristigen Rohstoffgewinnung geopfert
27 werden. Die einzigartigen Lebensräume, die 2022 dem Bundesumweltministerium als
28 Flora-Fauna-Habitat FFH 2022 zur Aufnahme gemeldet wurden, sowie aktuell neu
29 entdeckte Steinriffe vor Borkum mit ihren Hummern, Krebsen und Korallen, der
30 Lebensraum auf den ostfriesischen Inseln, sind durch das Vorhaben der Firma ONE-
31 Dyas unmittelbar bedroht. Die Störungen reichen direkt in die Gebiete hinein und
32 gefährden somit zum Beispiel Schweinswale, Robben und Seehunde. Dieses
33 Erdgasfeld ist erst der Anfang des von ONE-Dyas großräumig geplanten
34 Förderprojekt mit weiteren Bohrplattformen und Gasfeldern, teilweise direkt
35 unter deutschen Naturschutzgebieten, die dieses derzeit so biodivers geschütztes
36 Gebiet industrialisieren würde.

37 Die Inseln Borkum, Schiermonnikog und Juist sowie zahlreiche Umweltverbände aus
38 den Niederlanden und Deutschland haben bereits erfolgreich gegen den Bau der
39 Bohrplattform und der dafür notwendigen Infrastruktur geklagt und vor Gericht
40 einen vorläufigen Baustopp erreicht. Das Gericht betonte ausdrücklich den Schutz

41 wertvoller Riffe entlang der Kabeltrasse und das wirtschaftliche Interessen
42 eines fossilen Konzerns, den Natur- und Klimaschutz nicht überwiegen. Dies zeigt
43 deutlich den breiten Widerstand und das Bewusstsein in der Region, dass die
44 Erdgasförderung einen unverantwortlichen Eingriff in die Natur und das Klima
45 darstellt. Bündnis 90/Die Grünen steht fest an der Seite der Klimabewegung, der
46 Natur- und Umweltverbände, der Insulaner*innen und der Inseln Borkum,
47 Schiermonnikog und Juist.

48 Wenn wir unseren Anspruch als Klimaschutzpartei und die Glaubwürdigkeit der
49 deutschen Energiepolitik verteidigen wollen, dürfen wir Borkum nicht zulassen.
50 Die geplante Förderung steht im krassen Widerspruch zu den Klimazielen, die wir
51 uns gesetzt haben, und gefährdet die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens.
52 Weltweit war es ein Erfolg von Außenministerin Annalena Baerbock,
53 Klimaschutzminister Robert Habeck und Umweltministerin Steffi Lemke, dass sich
54 die 28. Weltklimakonferenz in Dubai endlich für die Abkehr von fossilen Energien
55 ausgesprochen hat. Die Erschließung neuer Öl-, Gas- und Kohlevorkommen ist mit
56 dem Weltklimaabkommen unvereinbar.

57 Auf Bundesebene wurde im Koalitionsvertrag vereinbart, dass keine neuen
58 Genehmigungen für Öl- und Gasbohrungen in der Nord- und Ostsee erteilt werden
59 sollen. Die Modernisierung des Bergrechts ist bereits angestoßen, um die
60 heimische Rohstoffgewinnung ökologisch neu zu ordnen und endlich auch Klimaziele
61 in Genehmigungen zu berücksichtigen. Wir fordern die Bundesregierung auf, dies
62 zügig umzusetzen, damit keine neuen Genehmigungen für fossile Förderprojekte
63 mehr erteilt werden.

64 Die Verhandlungen über ein sogenanntes Unitarisierungsabkommen zwischen
65 Deutschland und den Niederlanden, das die rechtliche Grundlage für die geplante
66 Erdgasförderung schaffen soll, laufen seit 2022. Dieses Abkommen darf vom
67 Deutschen Bundestag aus Klimaschutz- und Umweltgründen und zum Schutz des
68 UNESCO-Welterbes Wattenmeer nicht ratifiziert werden. Wir appellieren an die
69 grüne Bundestagsfraktion und an unsere Minister*innen, sich entschieden für
70 Klima und Naturschutz und gegen diese unnötige Förderung einzusetzen.
71 Klimaschutz und der Schutz unseres Naturerbes müssen über den Interessen eines
72 niederländischen Unternehmens stehen. In dieser Sache stehen wir Seite an Seite
73 mit GroenLinks, unserer Schwesterpartei in den Niederlande.

74 Wir fordern:

- 75 · Jegliche Erdgas- und Erdölförderprojekte innerhalb und außerhalb des
- 76 Weltnaturerbes Wattenmeer sofort zu stoppen
- 77 · Den UNESCO Weltnaturerbe-Status des Wattenmeers konsequent zu schützen und
- 78 gefährdende Eingriffe zu verhindern.
- 79 · Die grünen Minister*innen in der Bundesregierung und die Grüne
- 80 Bundestagsfraktion dürfen nicht das Unitarisierungsabkommen zwischen Deutschland
- 81 und den Niederlanden unterstützen.
- 82 · Die Umsetzung eines ökologisch-modernen Bergrechts, das den Schutz von Klima
- 83 und Natur ins Zentrum stellt und Neugenehmigungen fossiler Förderungen
- 84 ausschließt

85 Der Schutz unseres einzigartigen Erbes muss Vorrang haben – denn es gibt keinen
86 zweiten Ort wie das Wattenmeer.